

SPD-Fraktion

im Ortsbeirat Gießen-Allendorf

Vorlage an den Ortsbeirat Gießen-Allendorf

Vorlagennummer: **OBR/0515/2011**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 08.11.2011

Amt: Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Aktenzeichen/Telefon:
Verfasser/-in: Hans Wagner, Fraktionsvorsitzender

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Ortsbeirat Allendorf	15.11.2011	Entscheidung

Betreff:
Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden;
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2011

Antrag:

Der Ortsbeirat bittet den Magistrat zu prüfen, inwieweit an öffentlichen Gebäuden der Stadt Gießen (Grundschulgebäude, Kindergarten) oder seiner Gesellschaften (Mehrzweckhalle, Wohnbausiedlung „Aubach“) Photovoltaikanlagen installiert werden können.

Begründung:

Der Umdenkungsprozess „Weg von fossilen Brennstoffen – hin zu erneuerbaren Energien“ wurde vom Ortsbeirat in einer Grundsatzerklärung zu erneuerbaren Energien in der Gemarkung Allendorf/Lahn (Beschluss vom 19. August 2008 auf Antrag der SPD-Fraktion vom 8. April 2008) vor dem Hintergrund der dramatischen Klimaveränderung ausdrücklich unterstützt. In diesem Zusammenhang wurde der Magistrat bereits gebeten zu prüfen, inwieweit auf öffentlichen Gebäuden der Stadt und seiner Gesellschaften (Stadthallen GmbH und Wohnbau GmbH) Solaranlagen installiert werden können, denn es macht Sinn, die großen Dachflächen der städtischen Gebäude (Schule, Kindergarten, Mehrzweckhalle, Wohnbauhäuser) mit Photovoltaikanlagen zu versehen. Deshalb sollte der Magistrat prüfen lassen, ob eine Installation von Solaranlagen dort möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Hinzu kommt, dass die Wohnbau Gießen GmbH kurz zuvor die Mehrfamilienhäuser „Aubach“ aufwändig – jedoch ohne die Installation von Photovoltaikanlagen – saniert hatte. Die andere im Stadtteil Allendorf/Lahn tätige Wohnungsbaugenossenschaft hat hingegen in den beiden Mehrfamilienhäusern in der

Bergstraße großflächige Photovoltaikanlagen angebracht. Leider hatte der zuständige Stadtrat Rausch mit Schreiben vom 27. Oktober 2008 nur sehr oberflächlich, allgemein und lapidar auf den Ortsbeiratsbeschluss vom 19. August 2008 geantwortet; eine „Beerdigung zweiter Klasse“ für das Ansinnen des Ortbeirates.

Der Ortsbeirat wollte aber seinerzeit eine ernsthafte Prüfung der konkret genannten Gebäude im Stadtteil.

Zwischen der Beratung im Jahr 2008 und heute sind zwei Ereignisse geschehen, die eine berechtigte Hoffnung auf eine gezielte Inangriffnahme der damaligen

Ortsbeiratsforderungen machen, nämlich:

- die Katastrophe von Fukushima mit der Abkehr von der Atomkraft
- der Regierungswechsel in der Stadt Gießen

Deshalb wird durch diesen Antrag erneut auf die 2008-er Forderung des Ortsbeirates aufmerksam gemacht.

gez.

Hans Wagner
Fraktionsvorsitzender